

Mittwoch, 15. Juni 2005

Ringen um Gentech-Moratorium

Nationalrat empfiehlt Gentechfrei-Initiative zur Ablehnung - Bürgerliche erachten Moratorium für unnötig

Nach Bundesrat und Ständerat hat gestern auch der Nationalrat die Initiative für ein Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft abgelehnt. Allerdings nur sehr knapp.

HEIDI GMÜR/BERN

Mit Rapsöl, Jogurt, Grissini, einer Tafel Schokolade und gedörrten Birnen, alles garantiert «gentechfrei», versuchten die Initianten gestern früh bei den Nationalräten noch Terrain wettzumachen. Ob die Parlamentarier das Geschenk ebenso gern entgegengenommen hätten, wären die Lebensmittel mit «garantiert gentechverändert» deklariert gewesen, ist nicht bekannt. Überzeugen liess sich eine knappe Mehrheit von den Argumenten der Initianten aber nicht: Nach fünfstündiger Marathondebatte empfahl - nach dem Bundesrat und dem Ständerat - nun auch der Nationalrat die Initiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» dem Volk zur Ablehnung - mit 91 zu 88 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Wobei längst nicht alle Bauernvertreter dem Bauernverband gefolgt sind, der die Initiative unterstützt. Bemerkenswert ist auch, dass sich einzelne CVP-Mitglieder der Stimme enthalten oder sogar den Nein-Knopf gedrückt haben, obschon sie im parlamentarischen Unterstützungskomitee der Initiative sitzen.

Forschung ausgenommen

Die Initiative, die mit über 120 000 Unterschriften zustande gekommen ist, verlangt kein generelles Gentech-Verbot, sondern ein fünfjähriges Moratorium, das sich zudem auf die Landwirtschaft beschränkt. Es umfasst gentechnisch veränderte Pflanzen, Pflanzenteile und Saatgut, die für kommerzielle landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstwirtschaftliche Anwendungen bestimmt sind, sowie alle Tiere, die zur Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen genutzt werden. Ausgenommen vom Moratorium wären hingegen die Forschung und entsprechende Freisetzungversuche. Möglich bliebe auch der Import von Gentechprodukten wie Mais oder Soja. Offen lässt die Initiative schliesslich den Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel, Dünger, Pflanzenschutz- oder Tierarzneimittel. Ähnliche Begehren waren im Parlament beim Gentechnik-Gesetz und später auch beim Landwirtschaftsgesetz gescheitert.

Die Frage der Koexistenz

Eine Mehrheit der Kommission wollte nun aber die Initiative dem Volk zur Annahme empfehlen. Es gehe darum zu verhindern, dass gentechfreie Kulturen durch Kulturen mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) kontaminiert würden, so Kommissionssprecher Hans Widmer (SP/LU). Darum müsse das Nebeneinander von gentechfreier und GVO-Produktion, die so genannte Koexistenz, gewährleistet sein - wie es auch im Gentechnik-Gesetz festgeschrieben sei. Um diese Koexistenz nun auf Verordnungsebene aber überhaupt sauber umsetzen zu können, brauche es Zeit, sagte Widmer.

Zeit, die das Moratorium gewähre. Eine Mehrheit von SVP und CVP, die FDP und Bundesrat Joseph Deiss wollten davon nichts wissen. Sie befürchten ein negatives Signal für den Forschungsplatz Schweiz. Die Initiative sei zudem unnötig, zumal bisher kein einziges Gesuch für GVO-Produktion gestellt worden sei. Und schliesslich böte das strenge Gentechnik-Gesetz in der Frage der Koexistenz genügend Schutz. Erfolglos wehrten sich die Befürworter gegen den Vorwurf der Forschungsfeindlichkeit, zumal just die Forschung vom Moratorium ausgenommen wäre. Es sei eine moderate Initiative, die den Wünschen der Konsumenten entspreche und die vor allem auch ein gutes Verkaufsargument für die Landwirtschaft wäre. Mit 96 zu 83 Stimmen wurde auch ein Rückweisungsantrag der FDP abgelehnt. Er hätte einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative ermöglichen sollen.

Copyright © St.Galler Tagblatt
Eine Publikation der Tagblatt Medien